

Zur Frage der Erhebung von Schiffahrtsabgaben.

In der letzten Zeit sind mancherlei sich widersprechende Gerüchte über die bekannte Absicht der preussischen Regierung, Schiffahrtsabgaben einzuführen, durch die Presse gegangen; bald hieß es, sie habe diesen Plan wieder aufgegeben, bald wurde versichert, sie sei entschlossen, an demselben festzuhalten. Nunmehr scheint sich die Sachlage dahin geklärt zu haben, daß zwar für nächste Zeit noch nicht an die Verwirklichung der genannten preussischen Absicht zu denken ist, daß die Idee andererseits aber auch nicht zum alten Eisen gelegt ist, daß die preussische Regierung vielmehr früher oder später doch die Einführung von Schiffahrtsabgaben durchzuführen gedenkt. Die preussische Regierung betreibt diesen Plan aus finanzpolitischen Erwägungen, die Schiffahrtsabgaben sollen hauptsächlich dazu dienen, die laufenden Betriebs- und Verwaltungskosten beim Verkehr auf den natürlichen Wasserstraßen zu decken und eine angemessene Tilgung, sowie Verzinsung der Anlagelasten zu ermöglichen. Speziell in den Schiffahrtskreisen des Niederrheins hat man sich schon mit dem Plane der Erhebung von Schiffahrtsabgaben befreundet, weil man hofft, daß mit Hilfe dieser Maßregel die lange gewünschte gründliche Verbesserung des Rheins von Köln bis zur holländischen Grenze in Angriff genommen werden könne, wofür nach einer Berechnung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten etwa 50 Millionen Mark erforderlich sein würden. Auch Hamburg und Bremen sind dem Plane der Erhebung von Schiffahrtsabgaben durchaus geneigt, beide Hanselstädte hoffen, hierdurch die Mittel zu weiteren Verbesserungen der Unterelbe und der Weser zu erhalten.

Was nun die Stellung der weiteren deutschen Bundesstaaten zur Frage der Erhebung von Schiffahrtsabgaben anbelangt, wobei noch Bayern, Baden, Sachsen und Hessen in Betracht kommen, so waren ursprünglich alle vier Staaten in der Opposition gegen den preussischen Plan vereinigt, von ihnen ist Bayern zuerst von seiner Opposition zurückgetreten, da es bei den preussisch-bayerischen Verhandlungen über die Angelegenheit der Schiffahrtsabgaben der preussischen Regierung offenbar gelungen ist, die Bedenken Bayerns gegen die Schiffahrtsabgaben wirksam zu entkräften. Dagegen sind Sachsen, Hessen und Baden noch heute als Gegner dieser Maßnahmen anzusehen, und namentlich das letztere Land, weil Baden von den Schiffahrtsabgaben eine schwere Schädigung Mannheims, als des Zentrums des oberrheinischen Handels, befürchtet. Natürlich vermöchten aber die genannten drei Staaten den zu erwartenden preussischen Antrag im Bundesrat auf Einführung von Schiffahrtsabgaben nicht zu Falle zu bringen, weil sie zusammen nur über zehn Stimmen verfügen. Ebenfalls wenig ist an eine Majorisierung Preußens im Reichstage in der beregten Frage zu denken, da hier die agrarisch gestimmten Elemente noch immer eine Mehrheit bilden, und letztere würde sicherlich für eine Verfassungsänderung, die ja eine etwaige Einführung von Schiffahrtsabgaben zur Vorbedingung haben müßte, stimmen; denn die Schiffahrtsabgaben würden die Einfuhr ausländischen Getreides auf den deutschen Strömen zweifellos erschweren und also den Forderungen der Agrarpartei lediglich entsprechen. Auch der Widerstand Oesterreichs gegen die Erhebung von Schiffahrtsabgaben, an welcher Frage dieses Land als Elbuferstaat ebenfalls interessiert ist, würde schließlich wohl zu überwinden sein, die gegenteiligen Versicherungen der Wiener offiziellen Blätter sind nicht so fürchterlich ernst zu nehmen. Freilich bliebe es aber noch immer sehr abzuwarten, ob die aus der Erhebung von Schiffahrtsabgaben zu erwartenden finanziellen Einnahmen die mancherlei Nachteile, welche aus dieser verkehrsfeindlichen und wirtschaftspolitisch rückwärtigen Maßnahme zu befürchten ständen. Jedenfalls darf man wohl hoffen, daß vor deren Verwirklichung die maßgebenden Faktoren diese ganze wichtige Frage einer nochmaligen gründlichen Prüfung unterziehen.

Politische Weltschau.

Von einem geplanten Studienaufenthalte eines der kaiserlichen Prinzen in Amerika ist neuerdings die Rede. Zuerst hieß es, Prinz Oskar von Preußen, der vorletzte Sohn des Kaiserpaars, werde eine Studienreise nach Amerika unternehmen, jetzt aber verlautet, Prinz

August Wilhelm gehe mit seiner Frau zu unternehmen und werde er sich hierbei eine Zeit lang an der Harvard-Universität aufhalten. Die Nachricht bedarf indessen wohl noch sehr der Bestätigung.

Der Reichstag nimmt morgen Mittwoch seine Verhandlungen nach Ablauf der parlamentarischen Okerpause wieder auf. Einen wesentlichen Teil der gesetzgeberischen Arbeit des Hauses in dem nächstfolgenden Sessionsabschnitte wird die Einzelberatung des Etats bilden, zu welcher eine Hochflut von Anträgen und Resolutionen zu erwarten steht. Was dem Reichstage noch an ganz neuem Arbeitsmaterial zugehen wird, dies muß zunächst dahingestellt bleiben; hierzu werden vor allem die signalisierteren Vorlagen über die Beschränkung der Majestätsbeleidigungsprojekte, über den Versicherungsvertrag und über ein Zwangsrentengesetz gehören. In der Absicht der Regierung liegt es, den Reichstag womöglich noch vor Pfingsten zu schließen, dann müßte er aber noch recht stramm arbeiten.

Die immer wieder auftauchenden Rücktrittsgerüchte betreffs des Reichsgeschäftsrates v. Stengel erfahren seitens der „Neuen Volk. Korresp.“ ein nachdrückliches und unbedingtes Dementi. „Freiherr v. Stengel“, schreibt die Korrespondenz, „hat sich zu seinem vertrauensvollen Posten nicht gedrängt und ist nicht weniger als ein Krieger; gegenwärtig aber sein Amt aufzugeben, liegt für ihn nicht die geringste Veranlassung vor.“

Unter den freilebenden Hamburger Schauerleuten machen sich jetzt anarchische Umtriebe bemerklich. Am vergangenen Freitag wurden in Hamburg im Hafen und auf den Schiffen Flugblätter verteilt mit der Unterschrift „Das Exekutiv-Komitee“, in welchen die deutschen Arbeiter aufgefordert wurden, die für die englischen Arbeitswilligen bereitgestellten Kasernen-Schiffe schleunigst zu verlassen, da diese in den nächsten Tagen in die Luft fliegen würden. Die Zeitungen legen dem Vorfall nur die Bedeutung einer nicht ernst gemeinten Drohung bei.

Die sächsische Regierung hat gelegentlich einer Versammlung der konservativen Partei in Dresden Anlaß genommen, ihre Haltung gegenüber dem Schiffabgabenprojekt klar zu präzisieren. Legationsrat von Rostig gab in der Versammlung namens der Regierung die Erklärung ab, sie habe noch keine Veranlassung gefunden, von ihrem ablehnenden Standpunkte in der Frage der Schiffabgaben abzugeben, und versicherte er eigens, daß in diesem Punkte keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staatsministern Graf Dönhof und Räger beständen. Schließlich bezeichnet Herr v. Rostig die Ausführungen in dem mit „Das gezähmte Sachsen“ überschriebenen Artikel des „Berliner Tageblatts“ als Klatsch. Im übrigen gelangte in genannter Versammlung ein Antrag des Oberbürgermeisters Deutler zur Annahme, in welchem eine Zahl Verträge über die Grundlinien der künftigen Politik der konservativen Partei enthalten sind.

Das Amtsgericht Hamburg II verurteilte im Beleidigungsprozeß Boermann contra Simplicissimus den Angeklagten Culdranus auf Grund des Paragraphen 187 des R.-St.-G.-B. wegen verleumderischer Beleidigung zu 3 Monaten Gefängnis und verfügte die Veröffentlichung des Urteils in den „Hamburger Nachrichten“ und im „Simplicissimus“.

Reichstags-Abgeordnete in erster Klasse.) Wir haben jüngst erst dem feudalen Herrn v. Brandenstein, der im preussischen Abgeordnetenhaus sich über die Herren Reichstags-Abgeordneten moquirte, über ihre Chemisetten und Röcken, recht gründlich unsere Meinung gesagt. Das aber seine Klagen immerhin nicht ausnahmslos unberechtigt gewesen sind, das nachgewiesen zu haben blieb der — sozialdemokratischen Presse vorbehalten. Den im Buchhandel nicht erschienenen Memoiren des wüsten Anarchisten Rost, den früher bekanntlich die Stadt Chemnitz dessen würdige, ihr sozialdemokratische Reichsbote zu sein, entnimmt sie folgenden Hiftöckchen: Johann Rost und sein nicht minder rot angehauchter Wittweidner Kollege Bahrtreich fuhren um 1876 vom sächsischen Erzgebirge her nach Berlin. Da der kaufmännische Mittelstand in Deutschland bescheiden 2. Klasse fährt, sind sie allein im Kupee erster Klasse und tun alsbald, als wenn sie „zu Hause“ wären. Bahrtreich gab immerhin etwas als sein Reuheres. Er beschwerte sich, sagt Rost, sogar mit Wellenwasser vorn und noch mehr hinten. Beide Herren ziehen dann — 's ist nun einmal so Sitte! — Röcke und Stiefel aus und Bahrtreich hält sich aus seinem Koffer Nadel und Scher, um seine

Kragen an die Brust zu stecken, damit sie besser sitzen, gemahnt er noch zu haben. Bahrtreich bleibt, als Bahrtreich auf Vorrat für Berlin genügt, oder wohl gar dem Sembe ausgezogen gehabt, um an ihm die Reputations vorzunehmen. Der ganze Krampf lag auf den Egen umher, und es sah so jämlich wie in einer Zigeunerherberge aus. Bahrtreich Rost. Da heißt es, „Dresden!“ Die beiden Weltbeglückter und Reichstags-Abgeordneten halten es trotz der Wahrscheinlichkeit, daß hier Passagen zu steigen, keineswegs für notwendig, ihren alle 6 Eige bedeckenden „Krampf“ zusammenzuwickeln. Erst steigt auch niemand ein, doch unmittelbar vor Abgang des Zugs ein Dombustratmännchen, der sächsische Minister des Innern v. Rostig, Wolwitz. Wie sagte Dr. Lieber doch, als er auf Ahlwardts deserte Hofen zu sprechen kam? Vielleicht war es auch „physischer und nicht bloß moralischer Eitel“, der den Minister veranlaßte — ein Biag war ja doch nicht leer — ein Waggonsfenster zu öffnen und trampfhaft bis über den Fenster hinaus zu stürzen, um von dort ab lieber mit den Mittelhandleuten zweiter Klasse als in trautem Gespräch mit dem ungeschulten Rost und dem am Sembe herumstehenden Bahrtreich weiterzufahren. Graf Wolwitz hat damals es anders gehalten, als heutzutage Herr v. Brandenstein. Er hat aber den Vorfall, der gewiß nicht für ihn, sondern ganz andere Leute blamabel war, geschwiegen. Dagegen hat dem Rost, der sich rechtshofen hätte schämen sollen, die Sache einen Heidenwasch gemacht und siehe da, sie macht ihn dem „Sächs. Volksbl.“ nach heute! Nur mag sein Herr Oberredakteur sich ja hüten, wenn er nach Berlin kommt, Herrn Dr. Sabetum zu begnügen. Wer weiß, ob dieser sich nicht sonst frucht in Jülinder, gelben Glacé und Lackstiefeln aufmacht, um Herrn v. Brandenstein aufzusuchen und ihn zu versichern: „Scheinlich auf Ihre und Genossenwort! Aber Sie hatten damals so recht!“

Wegen der Mager Epidemie wurde von den Regierungen Frankreichs und Ungarns teilweise die Grenzschranke verhängt. Reisende aus Belgien dürfen die Grenze nur überschreiten, wenn sie vorher nicht getauft worden sind. Bei einer weiteren Ausbreitung der Seuche will man zur vollständigen Quarantäne schreiten.

Die Ministerkrise in Holland hat sich in Wohlgeraten aufgelöst. Im Februar war das Kabinett de Meester zurückgetreten, und zwar wegen eines Konfliktes mit der ersten Kammer in militärischen Angelegenheiten. Der hierauf unternommene Versuch, ein neues Kabinett v. d. Linden zu bilden, scheiterte aber nach längeren Bemühungen. Nunmehr hat das alte Kabinett auf Ersuchen der Königin Wilhelmina sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen, mit Ausnahme des Kriegsministers Staat, welchem die Königin den erbetenen Abschied bewilligt hat, und an dessen Stelle Generalmajor van Rappard, der bisherige Plagfommandant von Amsterdäm, tritt.

Nächster Tage beginnen in Wien neue Ausgleichsverhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn. Es heißt, Oesterreich habe auf seine Forderungen eines langfristigen Ausgleichs verzichtet, während Ungarn seinerseits darauf verzichtet wird, daß die abzuschließende neue Vereinbarung die Form eines Handelsvertrages annehme.

Der König von Italien ist am Sonnabend von Larent nach Griechenland zu dem angekündigten Besuche am Athener Hofe abgereist. In der Begleitung des Königs Viktor Emanuel befinden sich der Minister des Auswärtigen Tittoni und der Marineminister Pirabello, was hinlänglich auf den politischen Hintergrund der griechischen Reise des Königs hindeutet.

Der französische Kriegsminister Picquart geht energisch gegen die politisierenden Generale vor. Er hat aus Anlaß der bekannten Angelegenheit des Generals Bailloud an die Korpskommandanten ein Rundschreiben gerichtet, in dem er in Erinnerung bringt, daß die Korpsbefehle gelegentlich des Dienstantrittes oder Abschiedes von Offizieren rein sachlich gehalten sein, sowie daß in etwaigen Ansprachen alle Ausdrücke vermieden werden müssen, welche die Befugnisse der Militärbehörden überschreiten oder die übertriebene Auslegung herbeiführen könnten.

Der König von England hat seinen Studienaufenthalt in dem französischen Seebade Biarritz beendet und sich über Paris nach London weitergegeben, wo er am Freitag abend eintraf und am nächsten Tage seine Gemahlin, die Königin Alexandra, und die Prinzessin Victoria empfing.